

# infobrief 34/03

**Mittwoch, 19. November 2003**

---

## Stichwörter

Effektivzinssatz, Finanzcheck, Schufa, PreisAngVO, Kreditrichtlinie

## A Sachverhalt

Die Wild-West-Kreditgesellschaft hat auch bei uns begonnen! Vom neuerlichen Wirken der Finanzdienstleister bei Verschuldung, Transparenz und Verbraucherkritik.

Kredite für Konsumenten waren einmal dafür da, Konsumgüter für ihre Verbrauchsdauer vorzufinanzieren. Der Nutzen aus diesen Krediten sollte die Rückzahlung in Raten ermöglichen. Die noch von Ludwig Ehrhardt und seinen Ordo-Liberalen geschmähten Verbraucherkredite haben sich nicht als „vorgegessen Brot“ sondern als produktive Investitionen erwiesen. Das droht jetzt alles mit dem sozialen Druck der Arbeitslosigkeit und der Aufforderung an die Hilflosen zur Selbsthilfe in einer hemmungslosen Verschuldens- und Kostenlawine für die Familien mit geringem Ausgabevolumen pro Kopf unterzugehen.

Seit Wochen wird der Verfasser von einer Geld & Kredit Konsumentenberatung GmbH mit Briefen traktiert, wonach er endlich seinen Kredit abrufen soll. „Vorzugsaktion € 3.500“ schreibt Melanie Janssen, Leiterin Kreditauszahlung. Im letzten Brief. „Unabhängig von bestehenden oder beantragten Krediten kann ich ihnen, sehr geehrter Herr Reifner, postwendend die Auszahlungsunterlagen für einen Barkredit über € 3.500 übersenden.“ „Freigegeben unter: Bearbeitungsnummer: 00763408-01, bitte sofort Frau Janssen vorlegen“ wird mit seiner Adresse und Namen schon ausgefüllt eine zu unterschreibende „Anforderung € 3.500“ vorgelegt. Umrandet darin die „Geld-und-Kredit-Garantie“ An Informationen erhält der Antragsteller lediglich, dass „die Rückzahlung in bequemen Monatsraten“ erfolgen wird. „Zinsen und Kosten des Vertrauenskredites entnehmen Sie dem Kreditantrag ...“, der ja noch kommen soll. Weiter wird versprochen: „keine Kreditauskunft“, „ihre Hausbank erfährt nichts davon.“, was die Schufa bei der Auswertung ihrer Daten für die Überschuldung in Deutschland berücksichtigen sollte. Alles „diskret auf dem Postweg“. Alle Angaben über Kosten und Belastungen, die nach §4 PreisAngVO fällig wären, fehlen. Sie bekommt der Kunde, wenn er schon die € 4.500 „beantragt hat“. Wer will dann noch verzichten.

In der Post vom selben Tage dann auch der Brief der Santander-Bank, die kürzlich von der Bank of Scotland übernommen wurde und englische Verhältnisse nach Deutschland bringt. Sie

/...2

hat sich in der Öffentlichkeit bemerkbar gemacht, als sie mit Tchibo über ihre Tochter Comfort Card Services GmbH den „Clever-Credit“ mit dem Slogan „Bei Tchibo kostet selbst das Geld weniger!“ propagierte. Dort waren im September 2003 7,7% p.A. für Beträge zwischen € 2.500 und € 12.500 angepriesen worden. Was der Zinssatz wohl wert sein dürfte, erfahre ich in meiner Post.

Bereits mit Namen ausgefüllt liegt dort der Antrag auf mein „stand-by konto“. „Kostenlose Bereitstellung eines Verfügungsrahmen von bis zu € 10.000“. Weiter heißt es „Nur bei Inanspruchnahme niedriger Zinssatz von 8,9%\*“ Der kleine Stern liest sich dann aber in Minischrift als Erklärung dafür, dass der Effektivzinssatz 9,27% betrage und zudem variabel, also bei zu erwartendem steigenden Zinssatz erheblich höher liegen kann. Auch hier teilt Claus Mayer mit persönlicher Unterschrift mit: „So leicht, bequem und günstig war es noch nie für Sie, ... ihren Wunschbetrag sofort abzurufen.“ Geld scheint kein Problem zu sein. Auf dem Kontoeröffnungsantrag gibt es dann eine Rubrik „CREDIT PROTECT“ bei der vermerkt ist „Gilt auch für Selbstständige“, was angesichts der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit so anmutet, wie die berühmte Leistung eines Vertreters, der eine Melkmaschine an einen Bauern verkaufte, und die letzte Kuh in Zahlung mitnahm. Hinter der Versicherung verbirgt sich eine Restschuldversicherung für den Todesfall integriert mit einer Versicherung der Rückzahlung gegen Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Unfall und Krankheit, dort allerdings nur für 12 Monate und auch nur über 10% des Saldos bzw. Verfügungsrahmens, jeweils was niedriger ist. Tatsächlich ist die Bank damit von den meisten Kreditrisiken befreit. Die Versicherung hat man abgeschlossen, wenn man sich nicht wehrt und ein winziges Kästchen ankreuzt, vor dem in Minischrift steht: „Ich wünsche diesen Schutz nicht.“

Mit dieser Klausel meint die schottische Bank wohl, die „Freiwilligkeit“ dieses Abschlusses dokumentieren zu können. Das ist nämlich nach der geltenden Gesetzeslage (die die EU Kommission realistischer machen möchte) notwendig, weil der Effektivzinssatz mit 9,27% ohne diese Kosten angegeben ist. Die Zusatzkosten der Versicherung erfährt man mit folgendem Satz: „Der Betrag in Höhe von 0,79% des monatlichen Saldos wird meinem Stand-By Konto belastet.“ 0,79% mal 12 ergibt den stolzen Jahreszinssatz von weiteren 9,48%, der nach der AIBD Methode auf 9,9% korrigiert werden muss. Die Versicherung ist also teurer als der Kredit. Die echte Belastung liegt für den Verbraucher bei den wucherverdächtigen 19,17%, so dass der fett gedruckte „niedrige Zinssatz“ im Anschreiben zu relativieren wäre. Weiter unterschreibt man bei der spanisch klingenden Royal Bank of Scotland, dass man seine Adresse auch für Werbung für bankvermittelte „Finanzdienstleistungen, Dienstleistungen und Produkte jeglicher Art“ nutzen lässt.

Schlendert man dann in Schwerin durch die Fußgängerzone, so fällt im Schaufenster von Citibank auf, dass die Konditionen für kleine Ratenkredite beinahe um 100% teurer werden für diejenigen, deren Einkommen sinkt oder die mit nur geringeren Raten längere Laufzeiten brau-

/...3

chen. Wer bis € 1.500 netto verdient zahlt bei kleinen Beträgen 12,38% p.A. Zinsen während derjenige, der doppelt so viel verdient nur noch 6,96% p.A. zahlen soll. Bei längerfristigen Verträgen sollen es für die Geringverdiener sogar 15,73% p.A. sein. Unberücksichtigt sind dabei noch die bekannten Restschuldversicherungskosten der Citibank.

Dabei nützt es auch nichts, dass der Ehepartner noch einmal genauso viel verdient. Es gilt nur ein Einkommen. Hätte einer der beiden mit einem Einkommen von €2.500 sich als Vertreter der Besserdienenden erwiesen, hätte sich der Zinssatz also fast halbiert. Dafür sollen die Kunden der Citibank jetzt ein separates Widerrufsrecht von zwei Wochen für die Restschuldversicherung eingeräumt bekommen. Es wird kaum in Anspruch genommen eben weil der Kunde die Kosten erst merkt, wenn er zahlt und zudem dann noch wüsste, um wie viel geringer seine Rate ohne diese Kosten wäre. Absetzen lassen sich die Kredite in der augenblicklichen Krise wohl ohne weiteres.

Geht man zum Schaufenster der Hypo-Vereinsbank so erhält man schon gar keinen Zinssatz mehr sondern eine Spanne zwischen 5,6% und 16,99% für den Kredit mit derselben Höhe und einer Laufzeit zwischen 12 und 36 Monaten. Bei den höheren Kreditsummen sieht es ähnlich aus.

Bei der Genossenschaftsbank, ebenso bei der Sparkasse, werden dann aber ganz konservative alte Ratenkredite angeboten, mit klarem sogar niedrigem Zinssatz und ohne Netz und doppeltem Boden. Warum die nun nach Auffassung der Großbanken, die der Brüsseler Wettbewerbskommissar teilt, privatisiert und verkäuflich gestaltet werden müssen, wird der deutsche Verbraucher schwer verstehen. Man möchte den Konservatismus hochleben lassen.

Doch die Welt spielt verkehrt. Der CSU-Europaparlamentarier Wuermeling hält es für überzogenen Verbraucherschutz, wenn die EU-Kommission eine neue Kreditrichtlinie vorlegt, die in die beschriebene Wild-West-Kreditgesellschaft ein paar Gesetze und Sheriffs einfügen möchte. Dass sei alles überflüssig. Im Gegenteil, man müsse Kredite mit €3.000 ganz ausnehmen. Verbraucherschutz gegen diese Praktiken würde nur den Armen und Schwachen schaden, denn diese Freiheit des Marktes bräuchten die Banken, um überhaupt noch gnädig Kredite zu geben. Empirisch ist das längst widerlegt, weil es gerade die unregulierten Wild-West-Kreditmärkte in England und USA sind, die die meisten sozial schwachen Kreditnehmer vom Bankkredit ausschließen. Equal Credit Opportunity ist dort der schwache Protestruf des Staates gegen die vornehme Zurückhaltung der Banken.

Warum wird nicht mehr darüber berichtet? Wer glaubt, es liege nur an dem Zusammenstreichen der Länderetats für die Verbraucherzentralen, die als einzige in Deutschland in ihrer Beratung die Fälle täglich begutachten können, übersieht, dass die Verbraucherschutz-Sheriffs zunehmend gefährlicher leben. Das iff wird zurzeit von der [...] mit Prozessen bedroht, wenn es weiterhin den Inhalt eines Urteils auf seiner Website wiedergibt, in dem diesem Unternehmen

/...4

Methoden des grauen Kapitalmarktes attestiert werden. Solche Drohungen sind bereits erfolgreich an Fachzeitschriften versandt worden. Vor 40 Jahren wurde der „mündige Verbraucher“ gesucht. Heute ist es eher der „mundtote Verbraucher“. Die Bundesrepublik Deutschland sollte, wenn es so weitergeht, Berlin in Tombstone oder Laramy umbenennen und Richter zum nationalen Sicherheitsrisiko für unser Wirtschaftsbiotop erklären. Wenn es zu den Meinungsäußerungsprozessen kommt, wird das iff Paten und Spender für das kleine Pflänzchen des verklagten Verbraucherschutzes einwerben müssen.

Meinungsfreiheit und Hilfestellungen für die Verbraucher durch Produktkritik, Achtung vor Gerichtsurteilen, Transparenz bei Preisen und Bedingungen – wenn das in der Wirtschaftskrise leichtfertig aufgegeben wird, werden wir bei der zu erwartenden Erholung ein Drittel der Bevölkerung nicht mitgenommen haben. Der Rest, der auf deren Schultern steht, kann sich dann nur noch schämen.

Es wird höchste Zeit, dass die Verbraucherverbände wieder mehr rechnen. Das Programm FinanzCheck ist für die Erprobung fertig. Es muss jetzt in der Praxis eingesetzt werden.